

23.12.2015

Niederschrift 004/2015

Ausschuss für Kreientwicklung und Mobilität

am 01.12.2015 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Günter Bremerich

Kreistagmitglieder SPD

Herr Jens Hebebrand

Herr Gerd Oldenburg

Herr Theodor Rieke

Herr Heinz Steffen

Herr Herbert Ziegenbein

Vertretung für Herrn Udo Holz

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Andreas Bunge

Vertretung für Herrn Rüdiger Haag

Herr Thomas Semmelmann

Kreistagmitglieder CDU

Frau Annika Dresen

Vertretung für Frau Gabriele Richter

Herr Dieter Kleinwächter

Frau Elke Middendorf

Vertretung für Herrn Wilfried Feldmann

Herr Martin Niessner

Sachkundige Bürger/innen CDU

Herr Volker Abdinghoff

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Stephanie Schmidt

Vertretung für Herrn Jochen Nadolski-Voigt

Frau Anke Schneider

Kreistagmitglieder Linksfraktion

Herr Werner Sell

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Reinhard Schulz

Sachkundige Bürger/innen FDP

Herr Andreas Wette

Verwaltung

Frau Sabine Leiße, Leiterin Stabsstelle Planung und Mobilität

Herr Norbert Diekmännken, Leiter Fachbereich Arbeit und Soziales anwesend bis 17.10 Uhr

Herr Hans Zakel, stv. Leiter Stabsstelle Planung und Mobilität

Herr Gert Kozik, Stabsstelle Planung und Mobilität
Herr Dirk Brewedell, Stabsstelle Planung und Mobilität
Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

Gast

Herr Dr. Rennspieß, Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH anwesend bis 17.05 Uhr

Herr Bremerich begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 19.11.2015 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Damit Herr Dr. Rennspieß, Referent zu Tagesordnungspunkt 2, als Vertreter der Verkehrsgesellschaften zu etwaigen Fragen zum Thema „Sozialticket“ Stellung nehmen kann, erklären sich die Ausschussmitglieder einstimmig mit dem Vorschlag von Herrn Bremerich einverstanden, den bisherigen Tagesordnungspunkt 5 - Sozialticket im Kreis Unna; Sachstandsbericht, DS 158/15 - als neuen Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln. Die nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend.

Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1		Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
Punkt 2	154/15	Tarifmaßnahmen im Öffentlichen Personennahverkehr ab dem 01.01.2016; Einführung der Preisstufe A / 10er Ticket
Punkt 3	158/15	Sozialticket im Kreis Unna; Sachstandsbericht
Punkt 4	160/15	Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen, 2. Beteiligungsverfahren; Stellungnahme des Kreises Unna
Punkt 5	155/15	Kooperationsvereinbarung zur Durchführung der Veranstaltung radKULT(O)UR 2016
Punkt 6	150/15	Produkthaushalt 2016 - Haushaltsansätze der Produktgruppe 11 „Planungskoordi- nation“

Punkt 7 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 8 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 154/15 Tarifmaßnahmen im Öffentlichen Personennahverkehr ab dem 01.01.2016; Einführung der Preisstufe A / 10er Ticket

Erörterung

Herr Dr. Rennspieß berichtet über die in der Drucksache dargestellte geplante Einführung der neuen Preisstufe A und geht dabei ausführlich auf die Gründe für die Veränderung sowie auf die geplante Vermarktungsstrategie ein. Die zur Unterstützung seiner Ausführungen gezeigte Folienpräsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt. (Protokollnotiz: Die in dieser Präsentation enthaltene Preistabelle (Folie 7) korrigiert die Anlage zur DS 154/15 im Punkt „Preis 4er-Ticket, Preisstufe 3“. Korrekt ist der Preis von 13,30 Euro.)

Für die SPD-Fraktion begrüßt Herr Hebebrand die geplante Tarifierung, insbesondere, weil sie eine Vereinfachung des Preissystems darstelle. Künftig werde es für jede Stadt im Kreis nur einen Tarif geben. Zudem halte seine Fraktion den rabattierten 10er-Ticketpreis für die neue Preisstufe A, der im Ergebnis für eine einzelne Fahrt den bisherigen Kosten der Preisstufe 1 entspreche, für einen guten Anreiz zur Kundenbindung.

Er bittet die VKU jedoch zu prüfen, ob das 10er-Ticket nicht in absehbarer Zeit auch in den Bussen verkauft werden könne, da dies sicherlich zu einer höheren Akzeptanz führen würde. Außerdem sei es wünschenswert, dass die Tickets auch per Handy erworben werden könnten. Er wisse, dass die VKU derzeit bereits an Lösungen arbeite und hoffe auf eine schnelle Umsetzung.

Für die CDU-Fraktion unterstützt Herr Niessner das neue Preismodell. Es scheine schlüssig und zielführend zu sein. Man müsse abwarten, inwieweit die Kundengewinnung gelinge. Ihn interessiere, warum es bei den Vierertickets für Kinder keinen Preisvorteil im Vergleich zum Einzelticket gebe. Zudem bittet er um eine Zusammenstellung der Vorverkaufsstellen für das künftige 10er-Ticket der Preisstufe A.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führt Frau Schneider aus, generell sei jede Vereinfachung der Nutzung des ÖPNV zu begrüßen. Sie sehe jedoch eine Ungerechtigkeit darin, dass die Leistung, die der Kunde für Preisstufe A erhalte, je nach Größe der entsprechenden Stadt variere. Das Busfahren sei so in kleineren Städten und Gemeinden vergleichsweise teurer.

Für die FDP-Fraktion schließt sich Herr Wette die Forderung von Herrn Hebebrand an, das 10er-Ticket im Sinne einer höheren Akzeptanz auch in den Bussen zu verkaufen.

Zu den verschiedenen Fragen führt Herr Dr. Rennspieß aus, dass das Zahlgeschäft und das Ausdrucken der Tickets im Bus viel Zeit koste. Im Sinne des wichtigen Ziels der Busbeschleunigung werde das Ticket daher nicht in den Bussen angeboten. Das Netz der Vorverkaufsstellen sei jedoch sehr dicht. So werde das Ticket auch in Lottoannahmestellen erhältlich sein; zurzeit werde die Beteiligung der einzelnen Standorte abgefragt. Ab dem 01.01.2016 werde eine Liste an jeder Haltestelle zu finden sein. Zudem könne über einen QR-Code an den Haltestellen auf eine stets aktuelle Liste im Internet zugegriffen werden. Die Internet-Adresse werde auch an den Haltestellen veröffentlicht.

An der Lösung des Ticketerwerbs per Handy arbeite die VKU derzeit. Problematisch seien hier die hohen Provisionskosten von mindesten 9 Prozent. Alternativ solle das 10er-Ticket künftig auch im Internet bestellt werden können. Die Provisionskosten für diesen Service würden mit 1 Euro diejenigen der Vorverkaufsstellen nicht übersteigen.

Zu dem von Frau Schneider angesprochenen Problem der unterschiedlichen Leistungen für gleiche Kosten in Abhängigkeit von der Größe der jeweiligen Stadt verweist Herr Dr. Rennspieß auf das Ziel, die Tarifstruktur zu vereinfachen. Der Gutachter habe insoweit vor einer entsprechenden Differenzierung gewarnt.

Auf Bitte von Herrn Semmelmann stellt Herr Dr. Rennspieß kurz die geplante Vermarktungskampagne vor. Zudem sagt er zu, die Frage nach einer Rabattierung der Vierertickets für Kinder noch einmal mit den Partnern der VKU zu klären. Bislang habe keine weitere Rabattierung ausgehandelt werden können, da das Kinderticket bereits vergünstigt sei.

Herr Bremerich stellt zusammenfassend fest, dass die Diskussion an manchen Stellen noch Optimierungsbedarf aufgezeigt habe. Grundsätzlich werde die Vereinfachung der Tarifstruktur aber im Sinne der Kundenbindung begrüßt. Die neue Struktur werde im VKU- und BRS-Bereich gelten. Die nächsten Monate würden zeigen, ob die Umstellung den erhofften Erfolg bringen werde.

Punkt 3 158/15 Sozialticket im Kreis Unna; Sachstandsbericht

Erörterung

Herr Diekmännken verweist eingangs darauf, dass der Kreistag im Rahmen der Haushaltsplanberatungen am 16.12.2014 die Verwaltung beauftragt habe zu prüfen, ob auch Mehrfahrentickets als Sozialticket angeboten werden könnten. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung sei noch eine verpflichtende Aufnahme von Mehrfahrentickets in die Förderrichtlinien diskutiert worden. Davon habe das Land aber Abstand genommen und stattdessen eine Evaluation des Sozialtickets durchgeführt. Die Ergebnisse lägen seit Oktober vor.

Die Verwaltung habe die aktuellen Entwicklungen rund um das Sozialticket zum Anlass für einen ausführlichen Sachstandsbericht genommen. Insoweit verweist Herr Diekmännken auf die Darstellung in der vorliegenden Drucksache und hebt die nachfolgend hervor, dass erstmals seit der Tarifumstellung im Dezember 2009 auf ein Stadt- und ein Kreisticket mit 4.045 Kunden im Dezember 2015 wieder die 4.000er-Marke überschritten worden sei. Der Kunde bezahle zurzeit 50 Prozent des Preises eines Großkunden-Abos. Das entspreche einer Rabattierung von rund 65 Prozent zum Regeltarif.

Bislang habe der Kreis die Anträge auf Förderung unter dem Gesichtspunkt der Netto-Betrachtung, quasi als reine Gewinn- und Verlustrechnung, gestellt. Nunmehr habe man in Anlehnung an das Verfahren der anderen Zuwendungsempfänger auf eine Brutto-Betrachtung der reinen Aufwände für das Sozialticket im Sozialetat in Höhe von rund 90.000 Euro im Monat, die die VKU in Rechnung stelle, umgestellt. Das führe im lau-

fenden Jahr zu einer Förderung von 846.000 Euro und damit zu einem deutlichen Mehrertrag von rund 760.000 Euro gegenüber der Abrechnung nach dem bisherigen System.

Mehr Sozialticket-Nutzer, so Herr Diekmännken weiter, führten aufgrund der Förderstrukturen des Landes jedoch nicht zu einer höheren Förderung.

Herr Diekmännken geht kurz auf die in der Drucksache dargestellten Befragungsergebnisse der Evaluation des Landes ein und stellt zusammenfassend fest, dass die Zufriedenheit der Kunden mit 94 Prozent insgesamt sehr hoch sei. Eine Sonderauswertung für den Kreis habe ergeben, dass sich eine deutliche Mehrheit vergünstigte Monatstickets statt vergünstigter Tickets für Einzelfahrten wünsche.

Der Kreis wolle nun prüfen, wie in den Kommunen oder Verkehrsverbünden, die bereits vergünstigte Mehrfahrentickets anböten, der Berechtigungsnachweis geführt werde. Zudem wolle man unter Beteiligung eines Tarifgutachters klären, wie sich die Einführung von 10er-Tickets auf die Nachfrage der Monats-Abonnements auswirken könnte. Weiterhin müsse eine Lösung für Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen oder Notunterkünften gefunden werden. Für diese komme, wenn sie nur kurzzeitig im Kreis seien, ein Monats-Abonnement nicht in Frage.

Frau Leiße weist darauf hin, dass zur Prüfung der von Herrn Diekmännken vorgestellten Punkte in Abänderung des in der Drucksache vorgeschlagenen weiteren Verfahrens eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einberufen werden sollte. Zu diesem Fachgespräch sollten neben Beteiligten aus Politik und Verwaltung auch ein Vertreter der Marketingberatung „Probst und Consorten“ sowie Vertreter der Verkehrsverbünde eingeladen werden, die bereits ein Mehrfahrenticket als Sozialticket anböten. Das Fachgespräch könnte ein weiteres Tarifgutachten ersetzen.

Der Vorschlag, dieses Fachgespräch zu führen, wird von Herrn Hebebrand für die SPD-Fraktion, von Herrn Niessner für die CDU-Fraktion und von Frau Schneider für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausdrücklich als effizientere, zielführendere und kostengünstigere Lösung im Vergleich zu einem Tarifgutachten begrüßt.

Frau Schneider bittet um zügige Befassung weist zudem darauf hin, dass im Münster ein Mehrfahrenticket als Sozialticket angeboten werde, so dass sich auch dort Ansprechpartner finden könnten. Ihre Fraktion werde außerdem einen Haushaltsantrag zum Thema „Sozialticket“ stellen.

Herr Dr. Rennspieß weist darauf hin, dass das Thema der Mobilität von Flüchtlingen bereits von der VKU aufgegriffen worden sei. Man arbeite daran, die Berechtigten über Multiplikatoren entsprechend zu informieren.

Frau Leiße ergänzt, dass es auch bereits Arbeitskreistreffen zu dieser Thematik gebe.

In der anschließenden kurzen Diskussion werden Erfahrungen zu dieser Problematik ausgetauscht. Es besteht Einigkeit, dass dringender Handlungsbedarf besteht, um die Mobilität der Flüchtlinge ausreichend zu gewährleisten und Sprachbarrieren zu überwinden. Frau Leiße weist darauf hin, dass die Thematik, die nicht nur den Kreis betreffe, sondern landesweit aktuell sei, beim nächsten Treffen des Arbeitskreises „Zukunftsnetz NRW“ auf der Tagesordnung stehen werde. Ziel sei es, landesweite Lösungen zu erarbeiten.

Herr Bremerich stellt zusammenfassend fest, dass die Diskussion einige Probleme bezüglich der Mehrfahrentickets als Sozialtickets und der Mobilität von Flüchtlingen im ÖPNV aufgezeigt habe. Das Fachgespräch der interfraktionellen Arbeitsgruppe werde voraussichtlich im Januar stattfinden.

**Punkt 4 160/15 Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen,
2. Beteiligungsverfahren;
Stellungnahme des Kreises Unna**

Erörterung

Frau Leiße weist eingangs auf die Bedeutung des Landesentwicklungsplanes (LEP) hin, der Aussagen für die nächsten 15 bis 20 Jahre treffe. Zudem mache er Vorgaben für die Regionalplanung, die den Kreis 2016 noch beschäftigen werde.

Herr Kozik geht auf das grundsätzliche Verfahren und den Zeitplan zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes ein. Zudem erläutert er die Ziele des LEP im Zusammenhang mit dem Regionalplan Ruhr und stellt ausführlich die Änderungen der Regelungsinhalte des vorliegenden zweiten Entwurfs im Vergleich zum ersten Entwurf dar. Insoweit wird auf die Darstellung in der Drucksache verwiesen. Die zur Unterstützung seiner Ausführungen von Herrn Kozik außerdem gezeigte Folienpräsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Zusammenfassend weist Herr Kozik darauf hin, dass viele Anregungen des Kreises aus der Stellungnahme im ersten Beteiligungsverfahren im Entwurf des LEP nunmehr berücksichtigt seien, so dass man die Stellungnahme des Kreises im zweiten Beteiligungsverfahren habe knapper fassen können. Im November sei die Stellungnahme des Kreises mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden abgestimmt worden. Einige Kommunen hätten sich entschlossen, im zweiten Verfahren keine eigene Stellungnahme mehr abzugeben, da aus ihrer Sicht kaum noch mehr erreicht werden könne. Der künftige Fokus der Planer werde auf der Regionalplanung liegen. Die Kommunalgespräche im Zuge der Aufstellung des Regionalplanes fänden im Kreis Unna ab dem 12.01.2016, für den Kreis Unna selbst ab dem 03.03.2016 statt. Darin würden die Festlegungen des LEP, die im Kontext mit dem künftigen Regionalplan stünden, wie zum Beispiel die Vorranggebiete für die Nutzung von Windenergie (vgl. S. 6 der Folienpräsentation), sicherlich thematisiert.

Da Herr Hebebrand für die SPD-Fraktion und Herr Niessner für die CDU-Fraktion weiteren Beratungsbedarf anmelden, werden die weitere Beratung und die Beschlussfassung einvernehmlich auf die Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages am 14. und 15.12.2015 vertagt.

**Punkt 5 155/15 Kooperationsvereinbarung zur Durchführung der Veranstaltung
radKULT(O)UR 2016**

Erörterung

Frau Schneider begrüßt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die gefundene Lösung, die eine Weiterführung der Veranstaltung ermögliche. Sie bedaure allerdings, dass die radKULT(O)UR nur noch alle zwei Jahre stattfinden werde.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, eine Kooperationsvereinbarung mit dem Lippeverband zur Durchführung der Radveranstaltung radKULT(O)UR im Jahr 2016 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Erörterung

Herr Bremerich weist darauf hin, dass sich die Fraktionen und Gruppen bereits ausführlich mit den Haushaltsansätzen befasst hätten. Die Beschlussfassung erfolge traditionell erst im Kreistag. Auf seine Nachfrage hin ergibt sich kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Haushaltsansätze der Produktgruppe 11 „Planungskoordination“ zur Kenntnis.

Eine Präsentation mit Erläuterungen zu den Haushaltsansätzen ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Bahnhofskataster/Intermodale Verknüpfungspunkte

Frau Leiße führt aus, dass das Gutachten zum Thema Bahnhofskataster/Intermodale Verknüpfungspunkte, das im Februar in Auftrag gegeben wurde, aufgrund von Förderrichtlinien in diesem Jahr fertiggestellt werden müsse. Daher habe sie am 16.12.2015 zu einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zu dieser Thematik eingeladen.

2. ÖPNV-Bedarfsplan des Landes

Frau Leiße teilt mit, dass das Land NRW einen ÖPNV-Bedarfsplan aufstelle. Der Kreis sei an diesem Verfahren beteiligt und habe in seiner Stellungnahme insbesondere auf das lange geplante Projekt der Regionalstadtbahn hingewiesen. In Bezug auf die Schienenhaltepunkte habe man sich der Stellungnahme des Nachbarzweckverbandes angeschlossen. Über die Entwicklung in dieser Sache werde sie zu gegebener Zeit im Ausschuss berichten.

3. Regionaler Wohnungsmarktbericht Ruhr

Frau Leiße teilt mit, dass im Regionalen Wohnungsmarktbericht Ruhr der Wohnungsmarkt im Kreis im Vergleich zu den anderen Gebietskörperschaften im Ruhrgebiet betrachtet werde. Der Bericht sei im Internet unter

http://www.staedteregion-ruhr-2030.de/cms/regionale_wohnungsmarktbeobachtung_regwob.html abrufbar und werde der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt. Zudem sei der Bericht bei Interesse auch in begrenzter Zahl als Druckexemplar in der Stabsstelle Planung und Mobilität bei Frau Pauels erhältlich.

Anlagen

1. Präsentation zur Einführung der Preisstufe A
2. Präsentation zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans
3. Präsentation zu den Haushaltsansätzen der Stabsstelle Planung und Mobilität
4. Regionaler Wohnungsmarktbericht Ruhr

gez. Silke Schmücker
Schriftführerin

ges. Günter Bremerich
Vorsitzender